

Austrian Business Check 2024

Wirtschaft stagniert, Eigenkapital leicht verbessert.

„Das Thema Gesundheit rückt immer häufiger in den Fokus. Die Zahl jener, die sich aufgrund der anhaltend hohen Belastungen um die körperliche und geistige Fitness ihrer Mitarbeiter aber auch um ihre eigene Gesundheit massive Sorgen macht, wächst täglich.“

Ricardo-José Vybiral
CEO, KSV1870 Holding AG

„Viele Unternehmen haben zuletzt vieles richtig gemacht. Angesichts der steten Implosionsgefahr aufgrund zahlreicher externer Gefahren ist das keine Selbstverständlichkeit und zeugt von einer bestehenden Widerstandsfähigkeit.“

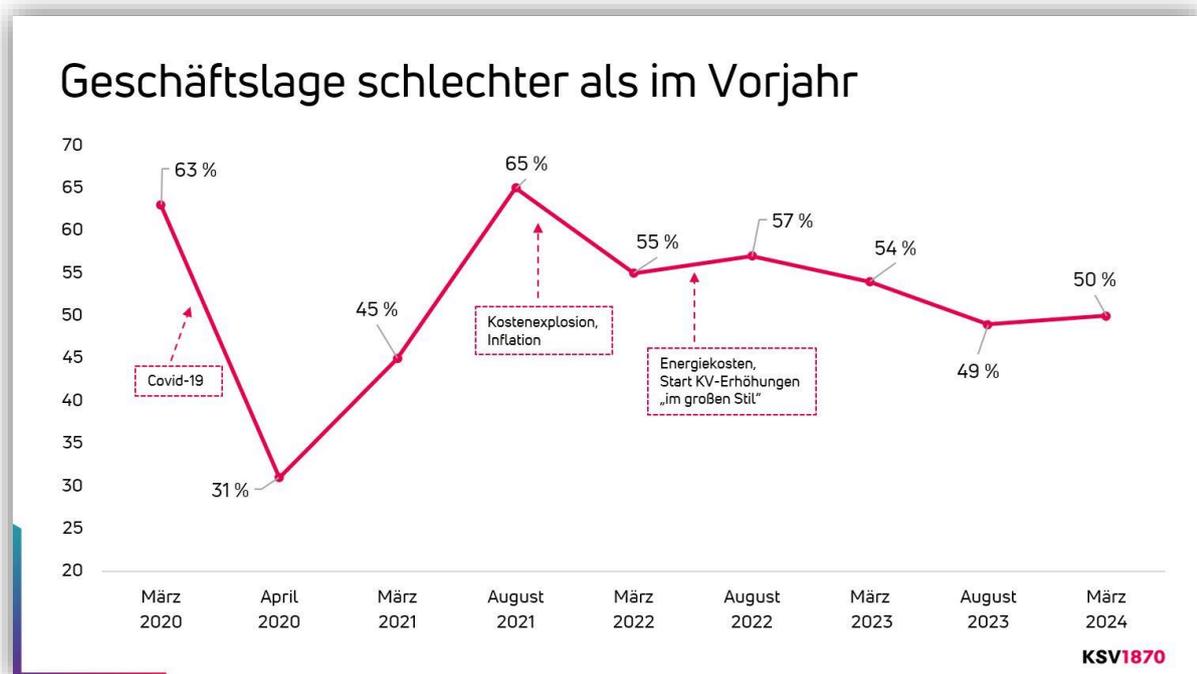
Gerhard Wagner
Geschäftsführer, KSV1870 Information GmbH

I. Trübe Aussichten lassen Optimismus schwinden

I.I. Geschäftslage verschlechtert sich



Die generellen Rahmenbedingungen, mit denen sich Österreichs Unternehmen aktuell konfrontiert sehen, gestalten sich auch in diesem Jahr sehr herausfordernd. Und die Folgen sind unübersehbar: Aktuell bewerten nur 50 Prozent der Betriebe ihre derzeitige Geschäftslage mit „sehr gut“ oder „gut“ – das sind um vier Prozentpunkte weniger als im Frühjahr 2023. Grund für den Abwärtstrend sind negative Einflüsse, die zunehmend vielfältiger werden. Insbesondere die Themen Inflation und Preissteigerungen auf Lieferantenseite, die hohen Energiekosten oder eine häufig rückläufige Auftragslage sorgen in den Unternehmen für gehörig Kopfzerbrechen.



Dabei fällt auf, dass sich die aktuelle wirtschaftliche Situation zwischen den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich darstellt. Während etwa 56 % der Industriebetriebe die höchste Zufriedenheit signalisieren, sieht die Lage im Handel (45 %) weniger rosig aus. Auf Branchenebene ist das Gesundheits-/Sozialwesen (63 %) sehr zufrieden, die Gastronomie oder das Grundstücks-/Wohnungswesen bedeutend weniger zufrieden. Weiters stufen Großunternehmen ihre Situation tendenziell besser ein als kleinere Betriebe – ähnliches gilt bei der Unternehmensgröße nach Umsatz. Ausgehend von der aktuellen Situation halten sich die Erwartungen hinsichtlich einer entscheidenden Verbesserung im Jahresverlauf in Grenzen:

- 25 % erwarten Verbesserung
- 52 % gleichbleibende Entwicklung
- 23 % erwarten Verschlechterung

Angesichts einer ebenfalls sinkenden Umsatzprognose wird das Jahr 2024 für viele Unternehmen eine weitere große Challenge. Während für das Vorjahr noch 49 Prozent der Befragten erhöhte Umsätze vermelden, werden diese heuer nur von 31 Prozent erwartet.



Die Ausgangslage könnte besser sein, dennoch liegt es an uns allen, den Wirtschaftsstandort Österreich wieder auf Vordermann zu bringen.

I.II. 57 Prozent fehlt Personal – Angst vor gesundheitlichen Folgen wächst



Der Arbeitskräftemangel ist auch im Jahr 2024 allgegenwärtig. Sechs von zehn Unternehmen (57 %) fehlen Arbeitskräfte, was mittel- und langfristige systemgefährdend sein kann. Der Personalmangel zieht sich quer durch alle Bereiche, besonders stark betroffen sind dabei das Gewerbe, wo 63 Prozent der Betriebe über zu wenig Mitarbeiter klagen – dazu zählt auch das Baugewerbe. Aber auch im Gesundheits- und Sozialwesen oder in der Warenproduktion fehlt es an Fachkräften. Die Folgen des Arbeitskräftemangels sind mannigfaltig und wirken sowohl nach innen und außen. Wie die



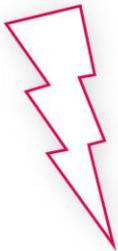
Umfrage in aller Deutlichkeit aufzeigt, machen sich immer mehr Unternehmer sowohl um die Gesundheit ihrer Mitarbeiter als auch um ihre eigene körperliche und mentale Fitness große Sorgen: „*Sehr viele sind an ihre Belastungsgrenze gestoßen, was nicht nur für die Person selbst oder das jeweilige Unternehmen entscheidend ist, sondern auch die Widerstandsfähigkeit des gesamten Gesundheitssystems auf eine harte Probe stellt. Hier braucht es rasch wirksame Maßnahmen, bevor es zum Kollaps kommt*“, so Ricardo-José Vybiral.

I.III. Fehlanzeige: Kaum Fokus auf betriebliche Cybersicherheit

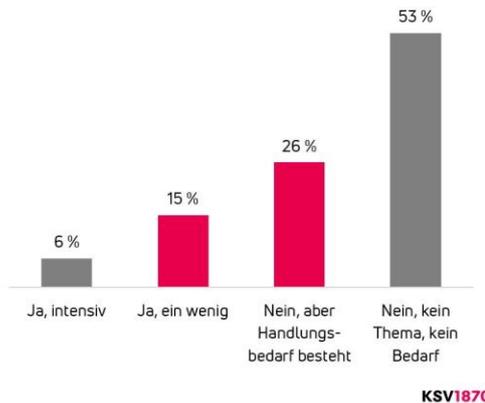
Ein Thema, das besonders im Mittelpunkt stehen sollte, ist jenes der Cyber- und IT-Sicherheit. Nicht nur, weil die Zahl der Internetkriminalität im Vorjahr laut „Polizeiliche Anzeigenstatistik 2023“ auf fast 66.000 Delikte weiter gestiegen ist, sondern auch, weil ab 18. Oktober 2024 die EU-NIS2-Richtlinie in Kraft tritt. Diese soll für ein höheres Sicherheitsniveau von Netz- und Informationssystemen in der gesamten EU sorgen. Ab diesem Zeitpunkt müssen *Betriebe* der „kritischen Infrastruktur“, *aber* auch deren Geschäftspartner einen Nachweis erbringen, der konkrete Maßnahmen in Bezug auf Cybersicherheit nachweist.

Zwar betrachtet rund die Hälfte der Betriebe diese neue Regelung aufgrund der jeweiligen Geschäftstätigkeit für sich als irrelevant, doch auch bei jenen, für die diese Richtlinie von Bedeutung ist, beschäftigen sich lediglich sechs Prozent intensiv mit der Umsetzung.

Cybersecurity: NIS2-Richtlinie häufig nicht am Radar



64 % der Betriebe ist nicht bewusst, dass ab 18. Oktober 2024 keine Geschäfte mit der „kritischen Infrastruktur“ gemacht werden können, wenn Maßnahmen zur Cyber-/IT-Sicherheit nicht gesetzt und nachgewiesen werden können.



„Wer zukünftig keine relevanten Mindeststandards puncto Cyber- und IT-Security vorweisen kann, wird ab Oktober 2024 keine Geschäfte mit der ‚kritischen Infrastruktur‘ tätigen können.“

Auf die Frage, ob Unternehmen der „kritische Infrastruktur“ zu den eigenen Geschäftspartnern zählt, antwortete rund ein Drittel der Befragten mit „Ja“. Ausgehend von diesem Drittel machen die Umsätze mit der kritischen Infrastruktur bei drei von vier Unternehmen mindestens elf Prozent des jährlichen Gesamtumsatzes aus.

Für sie wird die Umsetzung und Einhaltung der EU-NIS2-Richtlinie auch zum „wirtschaftlichen Überlebenskampf“, so keine entsprechenden Maßnahmen rechtzeitig implementiert wurden. Hier unterstützt der KSV1870 Österreichs Unternehmen mit dem [CyberRisk Rating](#). Mehr Informationen und [Hintergründe](#) dazu

finden Sie auch auf unserem [KSVBLOG](#).

Geschäfte mit „kritischer Infrastruktur“ für 24 Prozent überlebenswichtig



Mehr dazu: [Die Details im Überblick](#)

Videostatement: [Ricardo-José Vybiral](#)

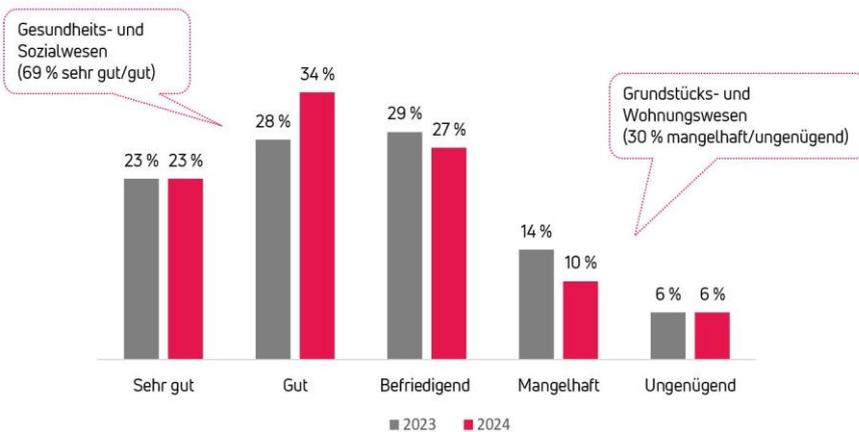
II. Finanzen und Investitionen

II.I. Bessere Eigenkapitalausstattung, aber Investments sinken



Der Mix an Krisen, mit denen sich Österreichs Wirtschaft zuletzt konfrontiert sah, ist in seiner aktuellen Ausprägung wohl einzigartig und hat vielerorts auch unmittelbaren (negativen) Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse genommen. Trotzdem ist es den österreichischen Unternehmen in den vergangenen drei Jahren gelungen, ihre Eigenkapitalausstattung zu verbessern. 57 Prozent (+ 6 % gegenüber 2023) der Betriebe bewerten ihre aktuelle Eigenkapitalsituation mit „sehr gut“ oder „gut“ – insbesondere Industrieunternehmen (71 %) performen überdurchschnittlich. Den geringsten Anteil an „zufriedenen Betrieben“ weist das Gewerbe (46 %) auf – gleichzeitig fällt in diesem Sektor auch der Anteil (21 %) an jenen, die mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ bewertet haben, am höchsten aus. Mit Blick auf die aktuellen „Brennpunktbranchen“ in Österreich sind 43 Prozent der Handelsunternehmen mit der Entwicklung zufrieden, 24 Prozent hingegen unzufrieden; in der Bauwirtschaft sind 40 Prozent zufrieden und 23 Prozent unzufrieden.

Eigenkapital stabil mit leichtem Aufwärtstrend



„Viele Unternehmen haben zuletzt vieles richtig gemacht. Angesichts der steten Implosionsgefahr aufgrund zahlreicher externer Gefahren ist das keine Selbstverständlichkeit und zeugt von einer Widerstandsfähigkeit.“

Dieses Ergebnis bestätigt auch der Trend der vergangenen drei Jahre: Immerhin 42 Prozent der Unternehmen erkennen eine positive Entwicklung ihres Eigenkapitals seit dem Jahr 2021, weitere 37 Prozent sprechen von einem konstant gleichbleibenden Ergebnis.

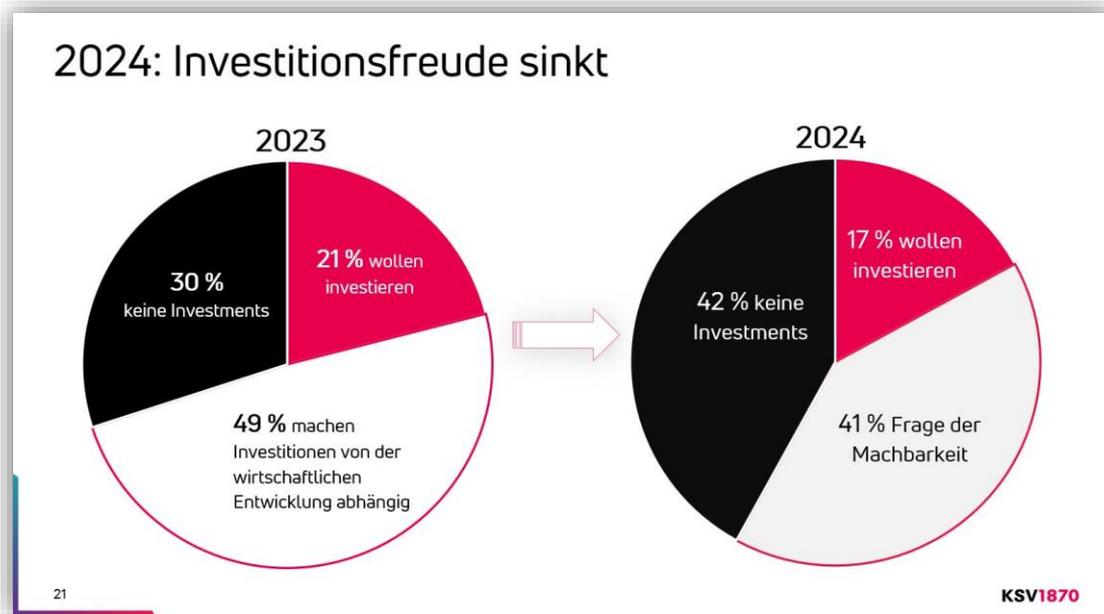
II.II. Investieren, aber nicht um jeden Preis



Die Bandbreite an Herausforderungen und wirtschaftlichen Ungewissheiten dürfte auch dazu führen, dass Unternehmen ihre Investments noch vorsichtiger planen und genau überlegen, welche Investitionen tatsächlich notwendig sind. Demzufolge haben lediglich 17 Prozent (2023: 21 %) der Unternehmen Investments für dieses Jahr fest eingeplant, weitere 41 Prozent (49 %) machen etwaige Investments von der Geschäftsentwicklung in den nächsten Monaten abhängig. Parallel dazu steigt der Anteil von jenen, die keine Investitionen ins Auge fassen von 30 auf 42 Prozent an.



Ein Lichtblick: Von jenen Unternehmen, die Geld in die Hand nehmen möchten, wollen 55 Prozent die Investitionen dazu nutzen, um den eigenen Betrieb weiterzuentwickeln und innovativer auszurichten.



Das ist insbesondere in der Industrie und am Dienstleistungssektor der Fall. Gleichzeitig gibt es aber auch 41 Prozent (Handel, Gewerbe), die etwaige Investments vordergründig dazu verwenden wollen, um den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten.

II.III. Investieren, aber nicht um jeden Preis

Als Folge der sinkenden Investitionsfreude zeigt sich auch die Zahl der geplanten Kreditaufnahmen in 2024 deutlich rückläufig – und zwar von 20 auf neun Prozent gegenüber dem vergangenen Jahr. Demzufolge erwägt gerade einmal jedes zehnte Unternehmen, im Jahr 2024 einen Kredit aufzunehmen. *„Insgesamt scheinen Österreichs Unternehmen dem Thema Kredit aktuell eher reserviert gegenüberzustehen. Zwar gibt es noch einige Betriebe, wo eine finale Entscheidung offen ist und abgewartet wird, wie sich das laufende Geschäftsjahr entwickelt, doch schon jetzt scheint klar zu sein, dass es am Ende des Jahres deutlich weniger Kreditvergaben geben wird als in der jüngeren Vergangenheit“*, so Gerhard Wagner. Insgesamt zeigt sich, dass Kredite vor allem für Renovierungs-/Umbaumaßnahmen, den Aufbau neuer Geschäftsfelder, den Immobilienkauf, die Anschaffung von Produktions-/Betriebsmitteln aber auch zur Deckung laufender Kosten oder der Digitalisierung aufgenommen werden.

Generell wird die Kreditaufnahme seitens der Unternehmen als zunehmend schwieriger bewertet, wie aus der aktuellen Austrian-Business-Check-Umfrage des KSV1870 hervorgeht. Wurde die Kreditaufnahme vor zwei Jahren von insgesamt 52 Prozent der Befragten als „sehr schwierig“ bzw. „schwierig“ eingestuft, so sind es heuer bereits 66 Prozent. Die Gründe dafür werden vor allem im Bereich der Zinserhöhungen gesehen, aber auch, dass immer mehr private und unternehmerische Sicherheiten gefordert werden. Zusätzlich erschwert das hohe Maß an Bürokratie eine mögliche Kreditaufnahme.

III. Wünsche an die Politik

Auf die Frage, welche Wünsche es seitens der heimischen Unternehmer in Richtung einer zukünftigen Bundesregierung gibt, wurden insbesondere jene Faktoren häufig genannt, die gerade jetzt als besonders erschwerende Aspekte eingestuft werden.

Steuerentlastungen

Erleichterte Kreditvergabe

Praxisorientierte
Bildungsreform

**Senkung
Lohnkosten**

**Weniger Bürokratie,
Regularien, Vorschriften**

Glaubwürdigere Politik –
„mehr tun, weniger reden“

Mehr Ehrlichkeit und Vertrauen

Senkung von Abgaben
und Gebühren

Mehr Arbeitskräfte

Attraktivierung des
Wirtschaftsstandortes

Vernünftige
Zinspolitik

Niedrigere Energiekosten

Mehr dazu: [Die Details im Überblick](#)

Videostatement: [Gerhard Wagner](#)

Über den Austrian Business Check

Im Rahmen der Umfrage befragt der KSV1870 zweimal pro Jahr Österreichs Unternehmen, wie es um ihre wirtschaftliche Situation bestellt ist. An der aktuellen Umfrage im März 2024, die gemeinsam mit dem Markt- und Meinungsforschungsinstitut Marketagent durchgeführt wurde, haben rund 1.200 Unternehmen teilgenommen.

KSV1870

www.ksv.at

Rückfragehinweis:

Markus Hinterberger

KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon: 050 1870-8205

E-Mail: hinterberger.markus@ksv.at

www.ksv.at